

Uneinig über Europa

Direktkandidaten fürs EU-Parlament diskutieren mit Bürgern



Die Direktkandidaten zur Wahl des Europaparlaments der vier großen Parteien beantworteten die Fragen des Publikums (v.r.): Peter Alberts (Grüne), Jürgen Coße (SPD), Moderator Werner Jostmeier, Dr. Markus Pieper (CDU) und Sven Strumann (FDP).

Foto: mav

Von Mathis Vogel

Münster. Anfang Juni (in Deutschland am 7.) finden die Direktwahlen zum Europaparlament statt. Doch längst nicht jeder, der zur Urne schreiten dürfte, wird dies tun. Bei der letzten Wahl vor fünf Jahren lag die Beteiligung in Deutschland bei 43 Prozent. Ein Rekordtief. Ist Europa den Menschen egal? Zumindest im Haus der Niederlande hatte man am Montagabend nicht den Eindruck. Die Direktkandidaten von CDU, SPD, FDP und Grünen stellten sich dem Publikum. Und das erwies sich beim Frage- und Antwortspiel als stark interessiert.

Wie sollen Bürger für europäische Probleme sensibilisiert werden? Wird es einen Wandel in der Agrarpolitik geben? Und wie steht es mit dem EU-Beitritt der Türkei? Das Publikum hakte in allen Bereichen nach, sodass der Moderator und Vorsitzende des Hauptausschusses des Land-

tages NRW, Werner Jostmeier, lediglich auf die Einhaltung der Sprechzeiten achten musste.

Zu heftigen Wortwechseln auf dem Podium führte vor allem die Frage, ob die EU auch „weiterhin als Liberalisierungs-

„Da konnte ich sogar mit meinem Friseur über EU-Politik reden.“

Eine Zuhörerin berichtete aus Frankreich

maschine auftreten wollen“. Während Jürgen Coße von der SPD in diesem Zusammenhang einen europäischen Finanzmarkt-TÜV fordert, preist Unions-Mann Markus Pieper die Liberalisierung als Motor des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre, vor allem in NRW.

Spätestens als Jostmeier fragte, warum das Interesse am Haushaltsplan der Stadt

Münster eine größere Medienresonanz auslöse als der Haushalt der EU, ist die Diskussion da angekommen, wo – wie auf den bereits frühzeitig aufgestellten SPD-Wahlplakaten zu lesen ist – Europa anfängt: vor der Haustür. Und damit mitten im Wahlkampf.

So ließ es sich Pieper nicht nehmen, das „Europa-Manifest“ der SPD hervorzuholen und deren Forderung nach einem europäischen Mindestlohn zu kritisieren. Dieser könne nicht durch eine einheitliche Richtlinie geregelt werden, so Pieper. Indes verteidigte Coße die Forderung, mit dem Verweis auf eine Abhängigkeit der Mindestlöhne vom Einkommensniveau des jeweiligen Landes. Grünen-Politiker Peter Alberts schob den schwarzen Peter zurück zu Pieper, indem er darauf hinwies, dass es in den meisten europäischen Ländern bereits Mindestlöhne gäbe.

Debattiert wurde auch über eine Abstimmung, die vor we-

nigen Wochen im EU-Parlament stattfand. Dort gab es erstmals eine Mehrheit gegen den Beitritt der Türkei. Aus guten Gründen, befand FDP-Politiker Sven Strumann. Weder sei die Türkei im Hinblick auf Menschenrechtsfragen dazu bereit, noch sei die Wirtschaft der EU bereit, die wesentlich geringere Wirtschaftskraft des Landes abzufedern. Langfristig sei die Stärkung der Demokratie in der Türkei durch wirtschaftliche Kooperation der Schlüssel zu einem möglichen Beitritt, konstatierte Pieper.

Während die Kandidaten einstimmig eine positivere Berichterstattung der Medien über Europapolitik forderten, gab eine Zuhörerin Tipps zur „Selbsthilfe“: In Frankreich habe man den Vertrag von Lissabon in gekürzter Form, für jeden verständlich, als Postwurfsendung verteilt. „Da konnte ich sogar mit meinem Friseur über EU-Politik reden.“

WN 22.04.09